

Beschluss des Landrats vom 26.09.2019

Nr. 144

36. Lohn. Zeit. Respekt. - Sexismusprävention 2019/430; Protokoll: mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme und Abschreibung beantrage. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Auch hinter diesem Vorstoss, so **Miriam Locher** (SP), stehen die 400'000 Frauen, die das Anliegen haben, dass es in Sachen Lohn, Zeit und Respekt endlich vorwärtsgeht. Dem Regierungsrat sei recht herzlich für die ausführliche Antwort gedankt. Der Grossteil der hier Anwesenden war vermutlich auch schon mal von Sexismus betroffen – in der einen oder der anderen Rolle. Der letzte Teil der Antwort bezieht sich auf die Schulen. Die Votantin ist fest davon überzeugt, dass an der Schule noch nicht alles rausgeholt wird, was möglich wäre. Gerade bei den jungen Menschen ist in Sachen Sexismusprävention noch etwas zu erreichen. Ihnen kann man noch etwas auf den Weg geben, was bei älteren Herrschaften unter Umständen nicht mehr so einfach ist. In der heutigen Gesellschaft gibt es die Aufgabe, zu sensibilisieren. Eine Chance dazu besteht vor allem in der Schule. Die Votantin möchte deshalb ihren Vorstoss gerne stehen lassen, weil es in diesem Punkt wirklich Potential gibt. Auch bei dem, was sie an den Schulen mitbekommt, sieht sie tatsächlich Handlungsbedarf an Präventions- und Informationsarbeit ab Sekundarstufe gegeben.

Jacqueline Wunderer (SVP) schliesst sich namens ihrer Fraktion den Ausführungen des Regierungsrats an. Es gibt wirklich genügend Gesetze und Anlaufstellen, wo solche Fälle bearbeitet werden können. Miriam Locher hatte gesagt, dass die meisten Frauen in diesem Saal auch schon Mal von Sexismus betroffen gewesen seien. In der Tat war die Votantin in jungen Jahren davon auch mal betroffen. Es ist sicher nicht jedem gegeben – aber manchmal reicht es aus, im richtigen Moment die richtige Antwort oder den richtigen Schlag an den richtigen Ort zu geben, damit Ruhe ist.

Für **Andrea Kaufmann** (FDP) ist klar, dass die sexuelle Integrität der Mitarbeitenden zu schützen ist. Dazu hat sich der Kanton als öffentlicher und verantwortungsbewusster Arbeitgeber verpflichtet. Es gibt deshalb auch eine Verordnung zum Schutz der sexuellen Integrität. Sexuelle Belästigung ist demütigend und verletzend. Der Regierungsrat hat in seiner Begründung aber klar dargelegt, an wen sich die Mitarbeitenden wenden können.

Eine Bemerkung zur Präventions- und Informationsarbeit an Schulen: Auch dort hat der Regierungsrat klar aufgezeigt, wie die Schülerinnen und Schüler für und über dieses Thema im Unterricht sensibilisiert werden. Es gibt Broschüren des Kantons («Lustig, lästig, Stopp»), die den Schülerinnen und Schülern zugänglich sind. Darin wird in verständlicher Form festgehalten, wann eine Grenze überschritten ist und wie man sich dagegen wehren kann. Die FDP-Fraktion wird das Postulat überweisen, weil aber in der Begründung schon alles beantwortet und erfüllt, es auch einstimmig abschreiben.

Miriam Locher (SP) geht es nicht darum, dass Frauen wie Jacqueline Wunderer wissen, wie sie sich zur Wehr setzen müssen. Ihr geht es um Prävention und Sensibilisierung. Ihr geht es auch darum, dass junge Menschen generell – Männer, Frauen etc. – in Bezug auf Sexismus sensibilisiert werden. Dabei geht es auch um Rollenbilder, wobei auch in diesem Saal bei der einen oder anderen Person im jugendlichen Alter Handlungsbedarf bestanden hätte. Bei den Jugendlichen gibt es wirklich die Chance, dass sich diesbezüglich noch etwas ändern lässt.

Für **Regula Steinemann** (glp) und die CVP/glp-Fraktion ist das Postulat eigentlich auch schon beantwortet. Die Ausführungen des Regierungsrats sind umfassend. Ihr ist aber aufgefallen, dass Zahlen fehlen. Wie häufig werden die entsprechenden Stellen im Kanton überhaupt angegangen? Davon ist im Postulat leider nicht die Rede. Miriam Locher hat gesagt, dass bei den Schulen noch Handlungsbedarf bestehe. Auch wenn das Postulat stehen gelassen und noch geprüft und berichtet wird, wird nicht mehr als das aufgezeigt werden. Es ist bereits dargelegt, was besteht. Sollte etwas fehlen, müsste man dies vermutlich über ein anderes Gefäss einbringen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion eigentlich für Überweisung und Abschreibung war, weil man das Gefühl hatte, dass in den Lehrplänen die Grundlagen vorhanden seien und es nun um die Umsetzung ginge. Nun hat aber Miriam Locher verdeutlicht, dass an den Schulen offenbar noch Handlungsbedarf besteht. Es ist deshalb möglich, dass sich der eine oder die andere aus der Fraktion überlegt, das Postulat stehen zu lassen, damit sich, auf den Grundlagen aufbauend, gute Kampagnen machen lässt.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 45:30 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschrieben.
